

Die Corona-Pandemie – eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit? Ein Beitrag zur aktuellen Debatte

Die Covid-19-Pandemie bedroht seit Beginn des Jahres nicht nur einzelne Staaten, sondern inzwischen die gesamte Welt: von Asien über Europa und Amerika bis hin zum afrikanischen Kontinent. Besonders hart wird Covid-19 die ärmsten Länder und Regionen treffen. Kommen die Gesundheitssysteme und medizinische Infrastruktur bereits in Europa und den USA an ihre Grenzen, werden dort die Folgen fatal sein. Bislang konnte sich der UN-Sicherheitsrat – anders als bei HIV/Aids und der Ebola-Epidemie in Westafrika (2014-2016) – nicht dazu entschließen, die aktuelle Covid-19-Pandemie als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einzustufen. Dabei umfassen die potenziellen Folgen der Pandemie nicht nur den Zusammenbruch der gesundheitlichen Versorgung oder die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise. Die Pandemie fordert auch den Weltfrieden in vielfältiger Weise heraus. In Europa lässt sie das einigende Band vermissen, für das die Friedensmacht steht. Die Krise des Multilateralismus verschärft sich. Weltweit verstärken sich nationalistische und autoritäre Tendenzen. In den schwächsten Ländern drohen humanitäre Katastrophen. Die Fragilität von Staaten wird zunehmen, verbunden mit Krisen und gewaltsamen Konflikten. Auch bislang vernachlässigte Sicherheitsrisiken wie biologische Waffen erfahren angesichts der Corona-Pandemie eine ganz neue Aktualität. Der UN-Sicherheitsrat zeigt sich wenig handlungsfähig, da die eigenen Belange und Interessen der ständigen Mitglieder betroffen sind; dafür stehen exemplarisch die Spannungen zwischen den USA und China. Und selbst die Forderung des UN-Generalsekretärs António Guterres nach einem globalen Waffenstillstand, um für die Bekämpfung des Virus notwendige Kapazitäten nicht in Kriegen zu binden, scheint weitgehend verhallt.

Nationale Alleingänge statt globaler Solidarität

Solidarität wird in Corona-Zeiten viel beschworen. Doch ist diese mehr als bloße Rhetorik und Symbolsprache? Blickt man auf die Entwicklungen und Verhaltensweisen der Mitgliedsstaaten innerhalb der Europäischen Union der letzten Wochen, so lässt sich durchaus ein solidarisches Agieren konstatieren, wenn man etwa jene Beispiele heranzieht, bei denen einzelne Staaten sich gegenseitig mit Schutzausrüstung ausgeholfen haben oder Patientinnen und Patienten aus Nachbarländern auf den eigenen Intensivstationen behandelt worden sind. Aber es gibt auch gegenläufige Tendenzen: Sämtliche EU-Staaten haben ihre Grenzen geschlossen, ohne dies in der Gesamtheit zu koordinieren. Ein freier Personenverkehr existiert nicht mehr. Zeitweise hat

Griechenland sogar das Grundrecht auf Asyl ausgesetzt; insbesondere aber ist die Dublin-Auslieferung gestoppt und Asylanträge stauen sich. Das wird Menschenleben kosten. Es steht zu befürchten, dass die Flüchtlinge – auf Lesbos wie weltweit – zu den größten Verlierern dieser Krise zählen werden. Eine weitere solidarische Bewährungsprobe steht aber auch innerhalb der Europäischen Union noch aus. So wird es in den folgenden Wochen darum gehen, den jüngst beschlossenen europäischen Wiederaufbaufonds einzurichten. Noch ist unklar, welchen finanziellen Umfang dieser Fonds haben und auf welche Weise er gewährt werden soll: als Zuschuss oder als Darlehen, das von Ländern, die es in Anspruch nehmen – wie möglicherweise Italien, Spanien, Belgien, aber auch Frankreich –, wieder zurückgezahlt werden muss. Auch daran wird sich zeigen, ob die europäische Solidarität die Oberhand gewinnt oder sich Länder durchsetzen, die wenig bereit sind, für die Anleihen anderer zu haften. Besorgniserregend ist auch das Agieren der Weltmacht USA: In der größten globalen Krise stellt der US-amerikanische Präsident Donald Trump die Beitragszahlungen an die Weltgesundheitsorganisation ein, richtet Anschuldigungen gegen China, droht mit Konsequenzen und stoppt Exporte wichtiger Medizingüter. Bei der Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung ist international ein Konkurrenzkampf entbrannt, der zulasten der wirtschaftlich schwachen Staaten gehen wird – mit fatalen Folgen insbesondere für Subsahara-Afrika und die MENA-Region.

Verstärkung autoritärer Tendenzen

Die Corona-Pandemie fordert nicht nur die globale Solidarität heraus, auch autoritäre Tendenzen verstärken sich. Nicht nur autokratische Regierungen nutzen die Corona-Krise, um ihre Machtbefugnisse durch Ausnahmezustände und Notstandsgesetze auszubauen. Ein drastisches Beispiel der Verletzung der Menschenrechte sind die Philippinen. Für Entsetzen sorgte dort die Ankündigung des Präsidenten Rodrigo Duterte, Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Ausgangssperren während der Corona-Pandemie verstoßen, erschießen zu lassen. Duterte lässt bereits seit längerem mit Waffengewalt gegen Menschen vorgehen, beispielsweise bei Drogenbesitz. Nun kann er im Namen des Kampfes gegen Covid-19 die Bevölkerung noch stärker kontrollieren sowie Regierungskritikerinnen und -kritiker wie Demonstrantinnen und Demonstranten mit Gewalt bekämpfen. Weit weniger drastisch, aber durchaus freiheits- und demokratiegefährdend erweist sich die Ausdehnung der Machtbefugnisse der Exekutive, insbesondere in unvollständigen Demokratien und autoritären Staaten. So können Staats- und Regierungschefs die Corona-Situation nutzen, länger im Amt zu verbleiben – wie etwa in Gambia. Begonnene Transformationsprozesse können gefährdet sein, wenn sich wie in Äthiopien die ersten freien Wahlen seit Jahrzehnten wegen Corona auf unbestimmte Zeit verschieben. Aber selbst einige

EU-Staaten unterliegen diesen Tendenzen. In Ungarn beispielsweise waren schon vor der Corona-Pandemie eine nationale Interessenpolitik und eine systematische Aushöhlung demokratischer Werte zu konstatieren. Ende März dieses Jahres beschloss das Parlament sogar, zur effektiveren Bekämpfung von Covid-19 seine eigenen Legislativrechte auszusetzen – und zwar de facto ohne zeitliche Befristung. Aber auch stabile Demokratien sind nicht davor gefeit, unter Verweis auf den Handlungsbedarf im Kampf gegen die Corona-Pandemie Elemente eines autoritären Staatsverständnisses, wie das der digitalen Autokratie Chinas, zu übernehmen. Digitale Aufzeichnungen und die Überwachung der Mobilitäts- und Kontaktdaten von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht unproblematisch.

Von der humanitären Katastrophe bis hin zum Staatszerfall

Weitaus unmittelbarer zeigen sich die Gefahren der Corona-Pandemie für den Weltfrieden in bereits bestehenden Krisengebieten. Covid-19 kann hier zu einer „drohende[n] Katastrophe in der Katastrophe“ (Gregor Hofmann) führen. Politisch wie wirtschaftlich schwache Staaten besitzen in der Regel keine funktionierenden Gesundheits- und Versorgungssysteme und werden so kaum in der Lage sein, adäquat auf die Corona-Pandemie zu reagieren. Davon werden insbesondere Kinder und ihre Familien betroffen sein. Häufig ist die humanitäre Lage ohnehin schon prekär: durch bewaffnete Konflikte und Kriege, aber auch durch Naturkatastrophen wie die Heuschreckenplage in Ostafrika. Verschärfend kommen externe Faktoren hinzu: Mit Covid-19 wird humanitäre Hilfe schwieriger. Zum einen ist ein Rückgang von Spenden für internationale Hilfsorganisationen, wie zum Beispiel für das Welternährungsprogramm im Jemen, zu verzeichnen. Zum anderen sind durch die Kontaktsperren Friedensinitiativen und die Fortführung von bereits laufenden Friedensprozessen kaum mehr möglich. Auch die Situation in Flüchtlingslagern wird dramatische Dimensionen annehmen: aufgrund mangelnder Hygiene- und Platzverhältnisse, der dadurch auch ohne Covid-19 schon geschwächten Menschen sowie der Verzögerungen bei der Bearbeitung von Asylverfahren. Ebenso wirkt sich die Corona-Pandemie auf Migrationsbewegungen aus: Grenzsicherungen machen Migration fast unmöglich. Es steht zu befürchten, dass gefährlichere Fluchtrouten genommen werden; dabei werden immer weniger Hilfsorganisationen in der Lage sein, Flüchtlinge zu retten. Hinzu kommt die gegenwärtig geringere Aufnahmebereitschaft in Europa. Das zeigt sich exemplarisch an dem wochenlangen Ringen um die Aufnahme nur weniger unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aus Lesbos. Wenn die Corona-Pandemie auch Afrika in seiner ganzen Dimension erreicht hat, werden sich humanitäre Katastrophen ausweiten und mit ihnen fragile Staatlichkeit. Besonders

problematisch wird es, wenn gleichzeitig die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft abnimmt. Denn beide Faktoren verstärken sich wechselseitig: Geht die Hilfe zurück, können Katastrophen nicht aufgefangen werden, was wiederum Hilfe schwieriger werden lässt.

Das neue internationale Sicherheitsrisiko – Viren als Terrorwaffe

Virulent wird zukünftig noch ein weiteres Sicherheitsrisiko: die Gefahr von Terroranschlägen mit Biowaffen. Biologische Waffen sind kein neues Phänomen. Sie haben schon immer Angst und Schrecken ausgelöst, denn mit ihnen verbinden sich fatale gesundheitliche, psychische, gesellschaftliche und politische Folgen. Bisher galten jedoch die vom Bioterrorismus ausgehenden Gefahren als eher gering. Das könnte sich nun ändern. Gerade die Corona-Pandemie und der Umgang mit ihr offenbaren die hohe Verletzlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft. Covid-19 hat dazu geführt, dass selbst demokratische Staaten innerhalb weniger Wochen das gesamte öffentliche Leben heruntergefahren und massiv die Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt haben. Innerhalb kürzester Zeit hat ein Virus das Wirtschaftssystem weltweit größtenteils lahmgelegt. Das zeigt nicht nur die Schwächen und die mangelnde Vorbereitung auf, auf Pandemien zu reagieren. Die Gefahr wächst, dass Covid-19 zur Blaupause für künftige terroristische Anschläge wird. Zudem könnte ein biologischer Angriff, gleichzeitig an mehreren Orten durchgeführt, die Zahl der Anfangsinfektionen noch deutlich erhöhen und die Zeit zur Reaktion entsprechend verkürzen. In einem ganz wesentlichen Punkt unterscheiden sich viele terroristische Gruppierungen von der Mentalität in unseren Gesellschaften: Sie sind zur Erreichung ihrer Ziele oftmals zur Aufopferung des eigenen Lebens bereit. Somit müssen sie sich nicht selbst vor dem Virus schützen und können ihre gesamte Energie auf den Terrorangriff konzentrieren. Die Folgen wären fatal und würden die Anschläge vom 11. September 2001 weit in den Schatten stellen.

Konsequenzen – Was bleibt zu tun?

Angesichts der massiven Folgen der Corona-Pandemie ist globale Solidarität und ein gemeinschaftliches – europäisches wie darüber hinaus internationales – Handeln dringender denn je. Die Vereinten Nationen sind das zentrale Forum der internationalen Staatengemeinschaft; von dieser muss ein Zeichen der Einheit und Geschlossenheit ausgehen. Die größte Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darf nicht durch Ringen um die internationale Vormachtstellung verstärkt werden. Auch gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen den USA und China sind wenig hilfreich. Der UN-Sicherheitsrat sollte sich zuvorderst auf Maßnahmen zur weltweiten

Bewältigung der Corona-Pandemie verständigen. Das stellt eine Herausforderung besonderer Art dar, sind doch die Interessen aller ständigen Mitglieder unmittelbar betroffen. Vor dem Hintergrund der mit Covid-19 verbundenen Bedrohungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ist eine Resolution des UN-Sicherheitsrates dringlich und geboten. Mit ihr sollten konkrete Hilfsmaßnahmen einhergehen. Notwendig ist zuvorderst die Sicherung der humanitären Hilfe, insbesondere für die schwächsten Länder. Hier müssen Ressourcen für Hygieneprodukte, Schutzausrüstung und notwendige Gesundheitsmaßnahmen bereitgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk muss Flüchtlingslagern gelten; diese müssen finanziell, materiell, aber auch personell unterstützt werden. Ein Appell an die Staaten wäre hier, das Asylrecht weiter zu wahren und schnell umzusetzen. Auch sollten Wege gefunden werden, wie Krisendiplomatie und Friedensverhandlungen in Zeiten von Kontaktsperren und Reisebeschränkungen fortgeführt werden können. Zudem sollte die internationale Staatengemeinschaft ihre finanziellen Zusagen an die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen einhalten und angesichts der Krise weitere Mittel bereitstellen.

Ein weiteres zentrales Gremium bei der Bekämpfung von Pandemien ist die Weltgesundheitsorganisation. Diese muss – und das konstatierte bereits das Friedensgutachten 2015 im Kontext der Ebola-Epidemie – weiterentwickelt und reformiert werden: mit einer finanziellen Sicherung, die die Neutralität und Unabhängigkeit der Organisation garantiert, einer besseren Koordinierung und einer nachhaltigen Einbindung nichtstaatlicher Akteure. Auch sollte ein Notfallfonds zur Bekämpfung globaler Gesundheitskrisen eingerichtet und Gesundheitspersonal für Krisenfälle auf Abruf bereitgehalten werden.

Mittelfristig muss sich die internationale Staatengemeinschaft stärker als bisher der größer werdenden Bedrohung durch Bioterrorismus widmen. Biologische Waffen können ein größeres Tötungspotenzial als atomare und chemische Waffen entfalten. Das internationale Regime zum Bann der Biowaffen – das „Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen“ von 1972 – enthält im Gegensatz zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder dem Chemiewaffenübereinkommen keinen Verifikationsmechanismus, der die Einhaltung der vertraglichen Regelungen überwacht. Die Schwierigkeit besteht insbesondere darin, dass Forschungen an Erregern zu medizinischen Zwecken wie auch zur Abwehr notwendig und erlaubt bleiben müssen. Neben dem Bemühen um die Etablierung eines Verifikationsregimes wäre es essenziell, die Prävention und die Fähigkeiten zur Abwehr von bioterroristischen Anschlägen zu intensivieren. Auch dafür wäre eine Stärkung des Gesundheitssystems wichtig.

Solche internationalen und gemeinschaftlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sollten auch auf europäischer und nationaler Ebene unterstützt und gefördert werden. Denn auch hier gilt: Nicht nationale Alleingänge und Grenzschießungen bekämpfen Covid-19, sondern ein gemeinsames Vorgehen, abgestimmte und koordinierte Maßnahmen sowie eine gegenseitige – materielle wie finanzielle – Unterstützung. Hier haben sowohl die Medien als auch zivilgesellschaftliche Akteure wie beispielsweise die Kirchen die Verantwortung, den Fokus nicht nur auf die nationale Situation, sondern auch auf die Lage in der Welt zu richten. Die Kirchen stehen für die Solidarität mit den Ärmsten. Diese müssen sie in erster Linie durch ihre internationalen Hilfswerke einbringen, um die am stärksten von Covid-19 betroffenen Menschen weltweit zu unterstützen. Das beinhaltet sowohl das politische Einfordern als auch das eigene Praktizieren humanitärer Hilfe.

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner

Dr. Johannes Frühbauer

Henrike Ilka

Jana Nordbruch

Dr. Hendrik Stoppel

Maria Toropova